

Rethink Mittelstand



Forderungen des Parlamentskreises Mittelstand Europa (PKM Europe)

Vorsitzende: Marion Walsmann MdEP, Markus Ferber MdEP

Stand: 27. November, 2024

Die Folgen zwei krisengeprägter Dekaden und die damit verbundenen wirtschafts- und geldpolitischen Entwicklungen haben das Unternehmertum nachhaltig verändert. Inmitten der **ökonomischen Transformation** sehen sich Unternehmen angesichts nationaler, europäischer und globaler Entwicklungen zunehmend existenziellen Fragen ausgesetzt. Die Antwort des europäischen Gesetzgebers darauf lautete bisher ein striktes Durchziehen des 2019 beschlossenen Arbeitsprogramms, allen voran des **Green Deals**, und eine unvergleichliche **Zunahme von Berichterstattungspflichten**, die kleine und mittlere Unternehmen (KMU) direkt oder indirekt auch erbringen müssen: **Eine der Wirtschaft gegenüber generalverdächtige Haltung** voller Detailregulierungen und Ideologiebetreiben, die in anhaltender Zurückhaltung in der Geschäftstätigkeit, stagnierendem Wirtschaftswachstum sowie Unzufriedenheit mündet, was anti-europäische und populistische Gesinnungen bestärkt.

Die Transformation droht die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu überfordern. Die **Dekarbonisierung per Termin** inmitten laufender und nachbelebender Mehrfachkrisen, globaler wirtschafts- und geopolitischer Verwerfungen, hoher Inflationsration, hoher Energie- und Arbeitskosten oder Fachkräftemangel verändern das Wettbewerbsumfeld und erfordern zeitgemäße Handlungsmaßnahmen. Obwohl sich der europäische Mittelstand allmählich erholt, plagen ihn mehr denn je **Sorgen um die Attraktivität des Standortes Europa**. Allen voran die **bürokratischen Lasten** infolge der vielschichtigen und rasant verändernden Anforderungen stellen eine der größten Hürden im aktiven Unternehmertum dar und treiben viele Mittelständler an ihre Belastungsgrenzen. Nicht zu vergessen die aus den hohen Erfüllungsanforderungen resultierende psychische Dimension. Diese in den vergangenen Jahren aus dem Boden gestampfte „neue“ **Ordnungspolitik** passt nicht in die neue Weltordnung. Sie bringt Bürokratie en Masse, Kostenaufwand, wirkt konträr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien und ist systemlähmend. Sie ist schlicht unprofitabel und wachstumshemmend.

Dabei nehmen die **über 25 Millionen kleinen und mittleren Betriebe** eine wichtige Rolle in der europäischen Wertschöpfung ein und sind in vielen Bereichen **Treiber für Innovation und Wettbewerb**. Natürlich ist eine differenzierte Betrachtung von EU-Gesetzgebung angesichts der Komplexität und Größe des Staatenverbundes sowie der Verflochtenheit und Verschiedenheit der Mitgliedstaaten unerlässlich. Doch zuletzt hat die EU aufgrund ihrer **fraglichen Schwerpunktsetzung** an Zuspruch einbüßen müssen. Allein während der letzten Monate der vergangenen Legislatur wurden **zahlreiche kritische Initiativen durchverhandelt**, was vor allem angesichts der bis dato ausgetragenen Bauernproteste, an der Prioritätensetzung des Gesetzgebers zweifeln ließ: Naturwiederherstellungsgesetz, Luftqualitätsrichtlinie, Verschärfung der CO₂-Emissionsziele für schwere Nutzfahrzeuge, Gebäuderichtlinie, Lieferkettenrichtlinie usw. Dabei haben KMU bereits mit Vorgaben aus CBAM, Nachhaltigkeitsberichterstattung oder Taxonomie zu kämpfen.

Eine funktionierende Europäische Union ist essenziell für den wirtschaftlichen Erfolg des Mittelstandes. Trotz Kritik an „Brüssel“ muss festgestellt werden, dass die EU in den vergangenen Jahren gezeigt hat, dass sie Krise kann. Widerstandsfähigkeit zeigte sie allen voran während der Coronakrise, in der es weder zum Stillstand des Geschäftsverkehrs noch zu Massenentlassungen kam. Auch international tritt die Union zunehmend stärker und interessengeleiteter auf. Angesichts des globalen **Wettlaufs zur Klimaneutralität und Technologieführerschaft**, des zunehmend

verringerten internationalen Marktanteils Europas, sich wandelnden Handelsbeziehungen und des seit Jahren währenden Aufschreis europäischer Unternehmer, zeigt der Europäische Gesetzgeber seit einigen Monaten **vermehrt Ambitionen zur Bewältigung besagter Herausforderungen**. Mit dem im September 2023 vorgestellten **KMU Entlastungspaket**, den Vorschlägen zur weiteren **Bürokratiereduzierung um 25%** oder dem **Aktionsplan zum Arbeitskräftemangel** wurden erste richtige Schritte gesetzt. Sowohl der Bericht des ehemaligen italienischen Premierministers Enrico Letta über die **Stärkung des Binnenmarktes** als auch jener des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, zur **Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit**, gewichten zudem den Mittelstand stark und sehen die **Vereinfachung und Konsolidierung des Regulierungsrahmens** als größte Hürde hin zu mehr unternehmerischer und institutioneller Handlungsfähigkeit. Zuletzt setzte die Europäische Kommission mit der **Verschiebung des Inkrafttretens der EU-Entwaldungsverordnung** ein Zeichen in Richtung kleiner und mittlerer Unternehmen. Über den Inhalt des Rechtstextes lässt sich jedoch weiterhin streiten.

Trotz der enormen Herausforderungen bietet Europa **vielerlei Chancen für den Mittelstand**, vor allem in Schlüsselbereichen! Als starker Wirtschaftsraum erfüllt die EU jegliche Voraussetzungen, um gegenwärtig und zukünftig erfolgreich zu bestehen. Ohne einen entsprechenden befähigenden Regulierungsrahmen versanden allerdings jegliche Ambitionen. Klar ist, dass mit einem „**Business as Usual**“ Ansatz mit Blick auf die große Unsicherheit in der Geschäftstätigkeit, nicht wie bisher verfahren werden kann. Europa soll weiterhin Entwicklungs-, Innovations- und Gründungsstandort bleiben. Besonders **KMU benötigen auf dem Weg zu einer umweltverträglicheren Wirtschaft gezielte Unterstützung. Das Moment zur Etablierung einer Output-orientierten und zielgerichteten Systematik bei Bürokratieabbau und Vereinfachung ist jetzt**. Wichtig ist, dass auch Entlastungsvorhaben bürokratiearm daherkommen und vor allem ankommen. Es darf nicht mehr reguliert werden, als national und europäisch verwaltet werden kann. Die politischen Bestrebungen der Kommission müssen endlich an die realen Bedingungen, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, angepasst werden. Wir brauchen mehr vertrauensvolle Unternehmensführung angesichts bestehender hoher Standards in allen Bereichen. Europa braucht einen Rechtsrahmen, der marktwirtschaftliche Dynamiken nutzt und regulatorische Flexibilität bietet. **Der Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament (PKM Europe) fordert eine deutlich stärkere Berücksichtigung mittelständischer Belange in der EU-Gesetzgebung und ein Bürokratiemoratorium für die Legislatur 2024-2029.**

Faktencheck: 2022/2023 beträgt die Zahl der in der Europäischen Union (EU) registrierten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) 25.807.736 Mio. (+2,2%), was 99,8% des gesamten europäischen Unternehmensbestandes ausmacht. Diese Betriebe beschäftigen mit 88.730.412 Mio. Menschen (+1,8%) über 65% der Erwerbstätigen und tragen zu über 50% der europaweiten Wertschöpfung bei. Die inflationsbereinigte Wertschöpfung lag während des Hochinflationsumfeldes 2023 bei -1,6%. Das Baugewerbe verzeichnete als eines der größten Ökosysteme das größte Wachstum. KMU in Deutschland repräsentieren 10,2% der KMU in der EU, beschäftigen 20% der Beschäftigten in KMU in der EU, auf sie entfallen ca. 25% der von KMU in der EU erwirtschafteten Wertschöpfung. Mit etwa 2,6 Mio. KMU stellen diese in Deutschland 99,6% aller Unternehmen, beschäftigen mehr als 18 Mio. Menschen und stemmen mehr als die Hälfte der gesamten Wertschöpfung in Deutschland (Betrachtung nicht-finanzieller Unternehmenssektoren). Im Zeitraum von 2019-2024 hat die EU 13.326 Basis- und Änderungsrechtsakte erlassen. Dem stehen 5.878 aufgehobene oder außer Kraft getretene Rechtsakte gegenüber, sowie 47 zurückgezogene oder abgelehnte Kommissionsvorschläge. Rund 60.000 EU-Bedienstete arbeiten für etwa 450 Millionen Europäerinnen und Europäer in einem der größten Binnenmärkte der Erde - auf einen EU-Beamten kommen 7.500 Menschen. Zum Vergleich: In Deutschland arbeiten 5,3 Mio. Menschen im öffentlichen Dienst, was bei etwa 82,5 Mio. Einwohnern ein Verhältnis von 1:15 macht.

Vorschläge des PKM Europe zur Entlastung von KMU

1. Datengrundlage schaffen: Um genaue Handlungsfelder zu verifizieren bedarf es einer umfassenden Analyse darüber, wie sich EU-Regulierung auf den Mittelstand des Standorts Europa auswirkt. Dabei sollen nicht nur die **Faktoren Bürokratiekosten und Erfüllungsaufwand** betrachtet werden, sondern die Wechselwirkungen in den verschiedenen Politikbereichen sowie die allgemeinen **Auswirkungen auf das Innovationsgeschehen** in den Industrieregionen. **Wir fordern die systematische Überprüfung der EU Gesetzgebung** auf Mehrfachbelastungen, die nachhaltige Konsolidierung des EU Acquis und folglich die Schaffung einer KMU-bezogenen Datengrundlage für die gesetzgebenden Organe mit einer **statistisch sauberen Aufwand-Nutzen-Analyse jedes einzelnen Gesetzgebungsvorhabens** durch jeden EU-Kommissar und die entsprechend unterstellten Generaldirektionen. Der gesamte EU-Besitzstand muss einem **echten Stress-Test** unterzogen werden. Zur Feststellung der kumulativen Belastung kann in Kooperation mit Wirtschaftsverbänden sowie versierten IT Experten ein eigens für dieses Ziel bereitgestelltes KI-Tool entwickelt werden, welches Interferenzen in der EU-Gesetzgebung aufzeigt. Festgestellte Überschneidungen können sodann den von Wirtschaft und Verwaltung aufgezeigten Problematiken gegenübergestellt und die sich daraus ergebende Schnittmenge klassifiziert und bearbeitet werden. Auch neue Rechtsvorhaben sollten einer Überprüfung durch besagtes Tool unterlaufen, um Doppelungen zu vermeiden.

2. Bei diesem Stresstest müssen verabschiedete und laufende Initiativen von der Europäischen Kommission in einem gesamtheitlichen Ansatz und bezüglich ihrer direkten und indirekten Wirkung auf KMU überprüft werden. Dabei sollte der Fokus auf folgenden Themen liegen:

- a) **(Digitalen) Binnenmarkt ausbauen:** Der europäische Binnenmarkt ist und bleibt **für den industriellen Mittelstand der wichtigste Beschaffungs- und Absatzmarkt**. Seit seiner Gründung 1993 profitieren KMU vom freien Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr. Als größter integrierter Binnenmarkt der Welt bietet er neben verlässlichen Rahmenbedingungen inmitten eines global unsicheren Umfelds, vielerlei **wirtschaftliche Vorteile**: Gleiche Wettbewerbsbedingungen, gemeinsame Förderprogramme, grenzüberschreitenden Handel, stark integrierte Wertschöpfungsketten, sowie geringere Transaktionskosten bei steigenden Produktivitätsvorteilen. **Das sichert die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen**. Fragmentierte Verwaltungspraktiken, die Vielfalt nationaler Vorgaben, die mangelnde Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, Hürden bei der Eintragung von Geschäftstätigkeiten in anderen Mitgliedstaaten, der ungleiche Zugang zu öffentlichen Aufträgen oder aber verschiedene nationale Anforderungen im Dienstleistungssektor dimmen diese. Ein funktionierender Binnenmarkt ist auch weiterhin der Schlüssel zur Stärkung von KMU. **Wir fordern einen EU-Aktionsplan zum weiteren Ausbau und der Vertiefung des europäischen Binnenmarktes. Hürden in der grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeit müssen unter Achtung nationaler Hoheiten dort abgebaut werden, wo möglich:** Hierzu gehören die weitere Vollendung der Kapitalmarktunion, besserer und vereinfachter Marktzugang für KMU, die vollständige Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, die Erleichterung und Digitalisierung der Arbeitsmobilität, wachstumsfreundliche Unternehmensbesteuerung sowie die Vereinfachung und Beschleunigung des beihilferechtlichen Rahmens. **Strukturelle Probleme dürfen nicht der Grund für Wachstumsrückgang sein;**
- b) **Grenzüberschreitendes Arbeiten erleichtern:** Im Zuge der Umsetzung der Durchführungsrichtlinie 2014/67/EU zur **Entsenderichtlinie** wurden in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Meldepflichten für Auslandseinsätze von Beschäftigten eingeführt. Diesen Flickenteppich nationaler Vorgaben können KMU nur mittels zusätzlicher Ressourcen bewältigen.

Ebenso ein Mehr an Verwaltung und Unsicherheiten bringt die **A1-Bescheinigung** als Teil der Verordnung über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (Verordnung 883/2004). **Wir begrüßen die Initiative zur Einrichtung eines einheitlichen digitalen Erklärungsportals und fordern darüber hinaus eine stärkere Harmonisierung der EU-weiten Anforderungen, Vereinfachungen für KMU und die Einführung eines digitalen europäischen Versicherungsausweises.** Es sollte zudem geprüft werden, ob a) die Antragsverfahren der Entsenderichtlinie und der A1-Bescheinigung zusammengeführt werden könnten und b) ob die Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Entsenderichtlinie in ein ineinandergreifendes Verordnungssystem weiterentwickelt werden könnten;

- c) **Bürokratie abbauen, EU-Gesetzgebung vereinfachen:** Eines der größten Hemmnisse der Wettbewerbsfähigkeit ist die administrative Belastung von Unternehmen. Beispielhaft dafür stehen **langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren** oder aber das komplexe **Vergaberecht**. Letzteres erschwert die Beteiligung von KMU. Weitere vergaberechtliche Verfahrensbedingungen, insbesondere verpflichtende Nachhaltigkeitskriterien, dürften die Situation zusätzlich verschärfen. Daher müssen Erwägungen zur Knüpfung der Vergabe an Nachhaltigkeitskriterien oder soziale Vorgaben bei der **Reform der Vergaberichtlinien im Lichte von Machbarkeit, Verhältnismäßigkeit und Praxistauglichkeit** für KMU betrachtet werden. Ebenfalls muss das Kriterium des niedrigsten Preises hinterfragt werden. Während Mario Draghi eine Kürzung der Berichtspflichten für KMU um bis zu 50% fordert, wird in den Mission Letters eine Entlastung von bis zu 35% anvisiert. **Wir fordern die Europäische Kommission auf, der Empfehlung Mario Draghis zu folgen,** den europäischen Gesetzesrahmen mittels einer klaren Systematik auf ihre KMU Verträglichkeit zu überprüfen und mehrwertbefreite Vorschläge zurückziehen! Vorschläge wie die Zahlungsverzugsverordnung verursachen mehr Bürokratie und konterkarieren funktionierende Branchenpraktiken. Zudem brauchen KMU praxisnahe und harmonisierte Vorgaben bezüglich bestehender Berichtspflichten, auch in Bezug auf freiwillige Standards. **Der PKM Europe fordert ein Bürokraatiemoratorium in der europäischen Gesetzgebung, die Unterlassung neuer Berichtspflichten, sowie die zeitnahe Initiierung einer neuen interinstitutionellen Vereinbarung für bessere Rechtssetzung.** Im Rahmen eines Omnibusverfahrens sollen bestehende Gesetze auf ihren Nutzen überprüft werden. Die **Vereinfachung und Konsolidierung des EU Acquis** sowie die Weiterführung der Bestrebungen zur Entlastung von Unternehmen muss die über allem hängende Aufgabe dieser Legislatur sein. Weiterhin müssen bei der Aktualisierung des EU-Rechtsrahmens verstärkt die Umsetzungskapazitäten in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Die öffentliche Verwaltung darf ebenso wenig überfordert werden. Wir fordern **Verhältnismäßigkeit der Berichtspflichten**, klar abgegrenzte Geltungsbereiche und risikobasiertes Vorgehen. **KI und Big Data** wären vielen Unternehmen zudem bei komplizierten Berichtsaufgaben eine echte Hilfe;
- d) **Ökologische Nachhaltigkeit industriepolitisch denken:** Vielerlei Unternehmensbefragungen kommen zum gleichen Schluss: Unter den drängendsten Herausforderungen für Unternehmen finden sich hohe Energiepreise, der fehlende Zugang zu Rohstoffen, sowie die Komplexität von EU-Vorgaben, insbesondere die **Anforderungen des Green Deal**. Gerade mittelständische Betriebe brauchen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft gezielte Entlastung und Unterstützung. **Der PKM Europe fordert eine technologieoffenere und pragmatischere europäische Energie- und Klimapolitik** mit verpflichtenden und qualitativ hochwertigen Folgenabschätzungen für klimapolitische Vorschläge. Dabei sollen die Auswirkungen, insbesondere auf KMU, möglichst realitätsnah kalkuliert, sowie etwaige Wech-

selwirkungen der zusammenhängenden Dossiers dargestellt werden. Neu formulierte **Zwischenziele** sollten ebenfalls bezüglich ihrer Machbarkeit sowie ihrer spezifischen Auswirkungen auf KMU auf den Prüfstand gestellt werden. Bevor jene formuliert werden, sollte zudem festgestellt werden, ob bestehende Zielsetzungen erreicht werden. **Regulatorische Widersprüche sowie offensichtliche Fehlentwicklungen müssen behoben werden**, um **größtmögliche Wettbewerbsfähigkeit** zu gewährleisten. Es gilt strategische Abhängigkeiten zu reduzieren ohne die heimische Industrie zu überfordern. Die Umsetzung des **Critical Raw Materials Act** muss gesichert werden. KMU brauchen angesichts der vielfachen Anforderungen regulatorische Entlastung, realitätsnahe Nachhaltigkeitsanforderungen, sowie leistbare Strom- und Energiepreise. Mitgliedstaaten sollten innovative Instrumente einführen, um den Energiemarkt effizienter zu machen. Wichtige Maßnahmen sind die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung von Flexibilität im Energiesektor. Um den Hochlauf um erneuerbare Energien zu meistern, müssen wir jetzt technologieoffen und pragmatisch denken. Zudem ist eine vernetzte, intelligente Energieinfrastruktur entscheidend. **Wir fordern die umgehende Überprüfung aller im Rahmen des Netto-Null-Ziels verabschiedeten Initiativen auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Kosteneffizienz, sowie ihren tatsächlichen Nutzen in engster Zusammenarbeit mit Wirtschaftsakteuren.** Zu den wichtigsten zu überprüfenden Initiativen gehören die CO₂-Flottenregulierung für Pkw und schwere Nutzfahrzeuge, der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, EU-Taxonomie, Nachhaltigkeitsberichterstattung und ESG-Kriterien, Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten, Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, Richtlinie zur Bodenüberwachung, Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, Gesetzgebung über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit, Green-Claims, die Überarbeitung des Medizinprodukteverordnung und Optimierung des EU-Rechtsrahmens für Arzneimittel, sowie die Klarstellung zu REACH und dem geplanten PFAS-Verbot. **Agrarpolitische Initiativen, die Pauschalverbote und Flächenstilllegungen bringen, die Versorgungssicherheit gefährden und heimische Land- und Forstwirte benachteiligen, lehnen wir entschieden ab.** Der angekündigte **Clean Industrial Deal** muss „Nachhaltigkeit“ und „Industrie“ in Einklang bringen und mittelständische Belange adressieren;

- e) **Internationale Wettbewerbsfähigkeit ausbauen:** Die EU muss neben den noch laufenden Verhandlungen zu Freihandelsabkommen, jenes mit den **USA** vollenden. Auch braucht es mit Blick auf sich anbahnende Handelszerwürfnisse mit China, eine **zeitgemäße China-Strategie**, der reelle Möglichkeiten für Exporte und Investitionen im bevölkerungsreichsten Staat der Erde aufzeigt. Die Maxime muss ein beidseitig respektierter regelbasierter Handel sein, der Sicherheitsrisiken klar benennt. Großes Potenzial für internationalen Handel und Investitionen bieten auch **Schwellen- und Entwicklungsländer**, denen gegenüber europäische Herangehensweisen neu gedacht werden müssen. Zudem können europäische KMU eine **entscheidende Rolle beim Wiederaufbau der Ukraine** einnehmen. Nachhaltigkeitsanforderungen und strategische Wirtschaftsinteressen müssen sich in der neuen EU-Außenwirtschaftspolitik die Balance halten. Ebenjene Ausgeglichenheit braucht es auch im Spagat zwischen offenem Welthandel und Protektionismus. KMU haben maßgeblichen Anteil in der deutschen Exportwirtschaft und zählen oftmals zu den Weltmarktführern. Der PKM Europe empfiehlt **auch bei der WTO eine Mittelstandsagenda zur besseren Einbindung mittelständischer Unternehmen in globale Wertschöpfungsketten** durchzusetzen;
- f) **Digitalisierung beschleunigen und Datenschutz vereinfachen:** Die Währung der Zukunft lautet **Know-How**. Angesichts der technologischen Entwicklung führt kein Weg am Thema

Digitalisierung vorbei. Unternehmen müssen mit den rasanten Entwicklungen Schritt halten, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Kommission startete hierzu das **KI-Innovationspaket** zur Unterstützung von KI-Start-ups und KMU, welches Vorhaben zu KI-Fabriken oder Supercomputing vereint. Doch vielfach fehlt, vor allem KMU, Wissen rund um die Nutzung existierender und neuer Tools. Die EU muss Unterstützungsmaßnahmen über den profitablen Einsatz digitaler Technologien bereitstellen und braucht einen **Fahrplan zur Schließung der digitalen Qualifikationslücke**. Sowohl im öffentlichen Sektor, als auch auf Unternehmensebene muss die EU der tief verwurzelten Skepsis der Nutzer begegnen. Es darf nicht überreguliert werden und der Einsatz neuer Tools nicht erschwert werden. Das verabschiedete **KI-Gesetz muss so einfach wie möglich umgesetzt werden** und von klaren Leitlinien und Beratungsstellen für Unternehmen begleitet sein. Zum **Schutz des geistigen Eigentums** und innovativer Technologien müssen Rechtsunsicherheiten beseitigt werden. Neue digitale Technologien müssen erprobt werden, bevor sie reguliert werden. Europa muss hier Innovationskraft beweisen. Das betrifft auch den Umgang mit Daten. **Der PKM Europe befürwortet den Ausbau europäischer Datenräume und fordert die pragmatische und unbürokratische Umsetzung der DSGVO;**

- g) **Arbeitskräfte fördern und halten:** Die demografische Entwicklung und der Fachkräftemangel werden zunehmend zu einem Standort- und Wettbewerbsmanko. Das internationale Buhlen um Talente verschärft die Situation zusätzlich. Doch es fehlen nicht nur Ärzte und Ingenieure. Das Handwerk sucht ebenso händeringend nach qualifiziertem Personal wie etwa IT-Firmen, und hat dabei noch mit Sorgen um die Unternehmensnachfolge zu kämpfen. Diese Entwicklungen gefährden die Transformationsfähigkeit europäischer Unternehmen. Mittelständler treffen diese Entwicklungen aufgrund ihrer sich von Großunternehmen unterscheidenden Unternehmensstrukturen besonders hart. **Die EU steht vor der großen Herausforderung, langfristig Rahmenbedingungen zur gezielten Unterstützung von KMU zu schaffen**, um Fachkräfte nicht nur zu rekrutieren, sondern auch zu halten. Europa braucht starke Unternehmenskulturen, attraktive Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie politik- und unternehmensseitig digitale Lösungen zum Werben von Fachkräften. Mit der „**Harnessing Talent Platform**“ und dem „**Talent-Pool**“ hat die Kommission zwei hilfreiche Instrumente vorgestellt. Besagte Matching-Tools müssen einfach handhabbar sein und weiter ausgebaut werden. **MINT-Fähigkeiten** müssen frühzeitig gefördert werden und die **Erwerbsmigration**, bspw. mittels schnellerer Qualifikationsanerkennung, vereinfacht werden. Bewährte Qualitätsstandards müssen dabei weiterhin Bestand haben. Auch die Weiterverfolgung der **EU Blue Card** und eine mögliche Ausweitung auf Mangelberufe sollte in Erwägung gezogen werden. Die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen erfordert langfristige Planung und die Sicherheit gezielter Investitionen. Deshalb darf auch das Thema **Unternehmensnachfolge** nicht aus den Augen verloren werden. Angebote zur Unterstützung, Modernisierung und strategischen Ausrichtung von Unternehmen in der Nachfolgephase sollten geschaffen und auf einer für europäische KMUs zugänglichen Plattform zur Verfügung gestellt werden;
- h) **EU-Förderung einfach gestalten:** Besagte Vorschläge sind ohne Investitionen und gezielte finanzielle Unterstützung nicht umsetzbar. Der PKM Europe lehnt jedoch jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden ab. Eine **Reform des mehrjährigen Finanzrahmens** bietet Gelegenheit die für die KMU-Finanzierung von **InvestEU** verfügbaren Haushaltsmittel zu revidieren. Ebenso gestärkt werden sollte die Beteiligung von KMU an **HorizonEurope**, die auf ein nachhaltiges Businessmodell umstellen wollen. Der **EIC Accelerator** bietet hier bereits Finanzierungsprogramme für innovative Start-Ups und KMU. Schließlich sollte der **Beihilferahmen** an die Finanzierungsrealität von KMU angepasst werden. Dabei

darf es nicht dazu kommen, dass KMU bei Finanzierungsfragen schlechter gestellt werden oder höhere Risikoabschläge zahlen müssen. Zudem müssen **strukturpolitische**

Programme einfach zugänglich sein. Die Europäische Kohäsionspolitik war zwar eines der wichtigsten Instrumente bei der Bewältigung von COVID und ihrer Folgen, doch muss sie mit Blick auf aktuelle Herausforderungen neu ausgerichtet werden. Es braucht regionale Lösungen, innovationsfreundliche Investitionen und Best-Practice-Beispiele. Förderung sollte an unternehmerische Realitäten sowie an den Erfordernissen der Transformation ausgerichtet sein. Zu stärken sind auch die Fördermöglichkeiten gemeinwohlorientierter Unternehmen. **Dem Mittelstand muss bürokratiearmer Zugang zu EU-Förderprogrammen ermöglicht werden, ein neuer EU-Wettbewerbsfonds spezifisch ausgerichtet sein und aufgeführte Belange kleiner und mittlerer Unternehmen berücksichtigen;**

- i) **Subsidiarität und EU-Kompetenzen bezüglich sozialrechtlicher Aspekte achten:** Wir fordern, dass Entlohnung gemäß Art. 153 AEUV weiterhin im Gestaltungsbereich der Mitgliedstaaten verbleibt. Dies gilt hinsichtlich arbeitsmarktrechtlicher Initiativen zu Mindestlöhnen, Entgelttransparenz oder Mindestsicherungssystemen. Das gilt auch für Praktika, die Dank des Qualitätsrahmens für Praktika in vielen Mitgliedstaaten detailreich geregelt sind. Nationale Systeme müssen Basis der beruflichen Bildung bleiben. **Arbeitsmarktrechtliche Eingriffe liegen im Ermessen der EU-Mitgliedstaaten.** Das Subsidiaritätsprinzip muss strikt angewandt werden. Die Sozialpartner sollten bei allen relevanten Politikbereichen rechtzeitig einbezogen und die Europäische Säule sozialer Rechte entlang marktwirtschaftlich verträglicher Prinzipien umgesetzt werden;
- j) **Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Sicherheit schützen:** Gewaltenteilung, freier Journalismus, die Beseitigung von Korruption und die Wahrung einer unabhängigen Justiz - diese demokratischen Grundpfeiler gelten nach wie vor als Grundlage freier Gesellschaften. Eben diese Grundwerte machen **Europa als Wirtschaftsstandort** so attraktiv, sie schaffen ein **investitionsfreundliches Umfeld** und sind von größter Bedeutung für Bürger und Unternehmen. **Der PKM Europe befürwortet Maßnahmen zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität sowie zum angemessenen Schutz der Außengrenzen.** Eine **verbesserte und digitalisierte EU-Governance** muss künftig schnellere Reaktionsfähigkeit gewährleisten.

3. Smart Regulation: Dem ökonomischen Erfolg ist die **regulatorische Wettbewerbsfähigkeit** vorausgesetzt. Die EU-Institutionen sollten bei der Politikgestaltung nicht nur das **Prinzip der „Selbstbeschränkung“** anwenden und den Besitzstand rationalisieren, sondern auch bestehende Instrumente und Plattformen konsolidieren. Ziel muss sein, harmonisierte und zentralisierte Berichtsvorlagen sowie Informationszugang zu gewährleisten. KMU brauchen eine einheitliche, nachvollziehbare öffentliche Informationsstruktur auf EU-Ebene:

- a) **Think Small First Prinzip konsequent anwenden:** die administrativen Belastungen für mittelbar und unmittelbar betroffene Unternehmen müssen durch einen **sektorspezifischen und risikobasierten Ansatz** auf ein Minimum reduziert und längere Fristen beim Übergang zugelassen werden. Es gilt „Vorfahrt für KMU“;
- b) **One-In-One-Out Prinzip auf den Prüfstand stellen:** Erfolg und Ertrag des Prinzips überprüfen, Kohärenz sicherstellen, erneuern, streichen. Es muss der gesamte Erfüllungsaufwand berücksichtigt werden, nicht nur die Kosten;
- c) **Once-Only-Prinzip ausbauen:** Minderung des Verwaltungsaufwandes und Gewährleistung des einmaligen Eingebens von Daten. Aufbauend auf dem **Single Digital Gateway** und

dem zugehörigen *Once-Only-Technical-System* sowie dem *Binnenmarkt-Informationssystem* sollte ein *Single Reporting Instrument* entwickelt werden, das die Erfüllung der

Berichtsanforderungen sowie die Informationsgewinnung vereint. Langfristig muss zudem überprüft werden, inwieweit Plattformen wie REFIT, Fit for Future oder Your Europe zu einer *einheitlichen Anlaufstelle innerhalb der Kommission* ausgebaut werden können, die Bürgern, Unternehmen und Verwaltungsstellen klare Leitlinien und Unterstützung bietet: Ein einheitliches digitales Zugangstor, das alle einschlägigen finanziellen und nichtfinanziellen Unterstützungsmaßnahmen, Formulare und Informationen für Unternehmen, auch KMU, bündelt, Berichtspflichten gemäß der einschlägigen Politikfelder in ein einheitliches Berichtsinstrument überführt und Portal zum Austausch über *Best-Practice Beispiele* ist. Dieses kann mit spezifischen Anforderungen und Leistungsindikatoren für Unternehmen gestaltet werden. Dieses Instrument kann auch eine Verbindung zu Ausschreibungen und Finanzierungsmöglichkeiten der EU herstellen. Der Einsatz KI-gestützter Software muss dabei gefördert werden, um Einhaltung- und Verwaltungskosten für KMU zu senken;

- d) **Echter KMU Wettbewerbstests:** sowohl Kommissionsvorschläge als auch Änderungen dieser im Europäischen Parlament, sollten vor Verabschiedung auf ihre *Verträglichkeit mit bestehenden KMU-Strukturen* geprüft werden. So könnte ein *KMU-Programm* zur Verfügung gestellt werden, welches die *kumulative Regulierungslast* auswertet und bei der Verringerung dieser unterstützt. Die Kommission sollte in Erwägung ziehen auf Grundlage der jährlichen Belastungserhebung (Annual Burden Survey) einen *europäischen Bürokratiekostenindex* zu schaffen, der monetären Nutzen und gesetzliche Befolgungskosten ungeschönt gegenüberstellt;
- e) **Praxis- und Reality-Checks im gesamten Gesetzgebungsprozess anwenden:** Nicht nur während des Konsultationsprozesses, sondern im gesamten Gesetzgebungsprozess und in Bezug auf Durchführungsrechtsakte und delegierte Rechtsakte müssen *nach unternehmerischen Realitäten orientierte Folgenabschätzungen unter Betrachtung der Rahmenbedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten* vorgenommen werden, die fortlaufend in den Prozess einfließen;
- f) **Regulatory Scrutiny Board ausbauen:** zur Gewährleistung einer detaillierten Qualitätskontrolle und Beratung bzgl. der Folgen einer jeden Gesetzgebung, sollte der Ausschuss für Regierungskontrolle Gesetzesinitiativen im Frühstadium des Gesetzgebungsprozesses einer strikten *Subsidiaritätskontrolle* unterziehen und die resultierenden Erkenntnisse in ihre Empfehlungen einfließen lassen. Langfristig sollte der Ausschuss für Regulierungskontrolle zu einem unabhängigen *europäischen Normenkontrollrat* weiterentwickelt werden;
- g) **Schwellenwerte KMU freundlich gestalten:** Der PKM Europe fordert die regelmäßige Anpassung der finanziellen Schwellenwerte in EU-Richtlinie 2013/34/EU (Bilanzierungsrichtlinie) sowie die generelle Überprüfung der Aktualität der *EU-KMU-Definition* bezüglich der finanziellen und personellen *Schwellenwerte, damit KMU weitflächig von Förderungen und Entlastungsinitiativen profitieren*. Wir fordern die *Einführung einer harmonisierten kleinen MidCap-Kategorie auf Grundlage einer weitreichenden Datenbasis*, die Vermeidung von Trickle-Down-Effekten, sowie klare Vorgaben und Unterstützungsmaßnahmen in Bezug auf *freiwillige KMU-Standards*;
- h) **KMU-Beauftragten der Europäischen Kommission benennen:** Der KMU-Beauftragte muss fachlich versiert und auf eine reelle Verbesserung der Situation von KMU ausgerichtet sein. Ein handlungsbefähigter Mittelstandsbeauftragter der EU-Kommission mit eigenen Ressourcen ausgestattet, der Gesetzesvorschläge am Anfang und während des Legislativprozesses auf ihre KMU-Verträglichkeit überprüft. Kommunikation und Austausch mit den

betreffenden Generaldirektionen muss dabei jederzeit gewährleistet sein. Er sollte Kontrollinstanz und zentraler Ansprechpartner für Mittelstandsbelange sein und bei KMU-relevanten Initiativen in allen Phasen des Gesetzgebungsprozesses angehört werden. Ebenso sollte der KMU-Beauftragte eine Rolle im Regulatory Scrutiny Board einnehmen und die Anwendung des KMU-Test überwachen. Das dem KMU-Beauftragten unterstellte Instrument „*SME-Filter*“ sollte in engem Austausch mit Wirtschaftsverbänden weiterentwickelt und neue Initiativen anhand konkreter KPIs bewertet werden;

- i) ***Regulatorische Atempause ermöglichen: Der PKM Europe fordert ein Moratorium für weitere Berichtspflichten für Mittelstand, Industrie und Landwirtschaft bis 2030*** mittels der Einführung des Prinzips der Diskontinuität, „Sunset Clauses“, der stärkeren Erprobung von Gesetzgebung, regulatorischer Sandkästen, Reallaboren für Forschung und Innovation, der weiteren Harmonisierung wo möglich und tendenziell zusätzlichen Klauseln in Richtlinien zur Vermeidung von ***Gold-Plating***. Gesetze müssen praxistauglich sein!

Rethink Mittelstand



Demands of the Parliamentary Group of the CDU/CSU in the EPP for Small and Medium-Sized Enterprises in Europe (Parlamentarischer Mittelstand der CDU/CSU-Gruppe - PKM Europe)

Chair: Marion Walsmann MEP, Markus Ferber MEP

Status: November 27, 2024

The consequences of two decades of crisis and the associated economic and monetary policy developments have had a lasting impact on entrepreneurship. In the midst of **economic transformation**, companies are increasingly facing existential questions in the face of national, European and global developments. The European legislator's response to this has so far been strictly implementing the work program adopted in 2019, above all the Green Deal. With an unprecedented **increase in reporting obligations** that small and medium-sized enterprises (SMEs) must also fulfil directly or indirectly: a generally suspicious attitude towards the economy, full of detailed regulations, which results in persistent reluctance in business activities, stagnating economic growth and dissatisfaction, reinforcing anti-European and populist sentiments.

The transformation threatens to overwhelm the adaptability and competitiveness of European companies. The **Decarbonisation by deadline** in the midst of ongoing and subsequent multiple crises, global economic and geopolitical upheavals, high inflation, high energy and labour costs, and a shortage of skilled workers are changing the competitive environment and require timely action. Although European SMEs are recovering, they are more concerned than ever about the **attractiveness of Europe as a business location**. Above all, the **bureaucratic burdens** resulting from the complex and rapidly changing requirements represent one of the greatest hurdles in active entrepreneurship and drive many SMEs to their limits. Not to forget the psychological dimension resulting from the high compliance requirements. This **"new" regulatory policy** created in recent years, does not fit into the new world order. It brings masses of bureaucracy, costs and works contrary to market economy principles. It is simply unprofitable and inhibits growth.

The more **than 25 million small and medium-sized enterprises** play an important role in European value creation and are drivers of innovation and competition in many areas. Of course, a differentiated view of EU legislation is essential given the complexity and size of the union and the interdependence and diversity of the Member States. Recently the EU has suffered a loss of support due to its questionable priorities. During the last few months of the last legislative period alone, numerous critical initiatives were negotiated, which, especially in view of the farmers' protests that have taken place to date, raised doubts about the legislator's prioritization: Nature Restoration Act, Air Quality Directive, tightening of CO2 emission targets for heavy duty vehicles, Buildings Directive, Supply Chain Directive, etc. Whereas SMEs are already struggling with requirements from CBAM, Sustainability Reporting or Taxonomy.

A functioning European Union is essential for the economic success of SMEs. Despite criticism of "Brussels", it must be said that the EU has shown in recent years that it can handle crises. It showed resilience above all during the Corona crisis, in which there was neither a standstill in business nor mass layoffs. Internationally, too, the Union is becoming increasingly stronger and more interest-driven. In view of the global race for climate neutrality and technological leadership, Europe's declining international market share, changing trade relations and the outcry from European entrepreneurs that has been going on for years, the European legislator has been showing **increasing ambition to meet these challenges** in recent months. The first real steps were taken with the **SME relief package** presented in September 2023; the proposals to further **reduce bureaucracy by 25%** and the **Action Plan to address the labour shortage**.

Both the report by former Italian Prime Minister **Enrico Letta on strengthening the internal market** and that of former President of the European Central Bank **Mario Draghi on the future of competitiveness** place a high priority on SMEs and see the simplification and consolidation of the regulatory framework as the greatest hurdle to greater entrepreneurial and institutional capacity to act. Most recently, the European Commission sent a signal to SMEs by **postponing the entry into force of the EU deforestation regulation**. However, the content of the legal text is still subject to debate.

Despite the enormous challenges, **Europe offers many opportunities for SMEs**, especially in key areas! As a strong economic area, the EU meets all the requirements for success now and in the future. However, without an appropriate enabling regulatory framework, all ambitions will fizzle out. It is clear that a "business as usual" approach cannot be used as before in view of the great uncertainty in business activities. **Europe should continue to be a location for development, innovation and start-ups**. SMEs in particular need targeted support on the way to a more environmentally friendly economy. **The moment to establish an output-oriented and targeted system for reducing bureaucracy and simplifying is now**. It is important that relief projects are presented with little bureaucracy and, above all, are successful. There must not be more regulation than can be managed nationally and European. The Commission's political efforts must finally be adapted to the real conditions, especially of SMEs. We need **to get back to trustworthy corporate governance in view of the existing high standards** in all areas. Europe needs a legal framework that uses market economy dynamics and offers regulatory flexibility. **The CDU/CSU Parliamentary Group for Small and Medium-Sized Businesses (PKM Europe) is calling for significantly greater consideration of small and medium-sized business interests in EU legislation and a moratorium on bureaucracy for the 2024-2029 legislative period.**

Fact Check: In 2022/2023, the number of small and medium-sized enterprises (SMEs) registered in the European Union (EU) was at 25,807,736 million (+2.2%), which represents 99.8% of the total European company population. These companies employ 88,730,412 million people (+1.8%), over 65% of the workforce, and contribute to over 50% of Europe-wide value added. Inflation-adjusted value added was -1.6% during the hyperinflationary environment in 2023. The construction industry, as one of the largest ecosystems, recorded the greatest growth.

SMEs in Germany represent 10.2% of SMEs in the EU, employ 20% of employees in SMEs in the EU, and account for around 25% of the value added generated by SMEs in the EU. With around 2.6 million SMEs, they account for 99.6% of all companies in Germany, employ more than 18 million people and generate more than half of the total value added in Germany (considering non-financial corporate sectors).

In the period from 2019 to 2024, the EU adopted 13,326 basic and amending legal acts. This compares to 5,878 repealed or expired legal acts, as well as 47 withdrawn or rejected Commission proposals. Around 60,000 EU employees work for around 450 million Europeans in one of the largest internal markets in the world - there are 7,500 people for every EU official. By comparison: In Germany, 5.3 million people work in the public sector, which is a ratio of 1:15 for a population of around 82.5 million.

PKM Europe's proposals to relieve the burden on SMEs

1. Creating a data basis: In order to verify precise fields of action, a comprehensive analysis is required of *how EU regulation affects SMEs in Europe*. This should not only consider the factors of bureaucracy costs and compliance costs, but also the interactions in the various policy areas and the general effects on innovation in the industrial regions. *We call for the systematic review of EU legislation for multiple burdens, the sustainable consolidation of the EU acquis and, consequently, the creation of an SME-related data basis for the legislative bodies with a statistically sound input-benefit analysis of each legislative proposal by every EU Commissioner and the corresponding Directorates.* The entire EU acquis must be subject to a *real stress test*. To determine the cumulative burden, an *internal AI tool* specifically provided for this purpose should be developed in cooperation with business associations and experienced IT experts, which shows interference in EU legislation. Identified overlaps can then be compared with the problems identified by business and administration, and the resulting intersections can be classified and processed. New legal projects should also be checked using the tool in question in order to avoid duplication.

2. This stress test will require the European Commission to **examine adopted and ongoing initiatives in a holistic approach and in terms of their direct and indirect impact on SMEs.** The focus should be on the following topics:

- a) **Deepen the (digital) internal market:** The European internal market remains the most important procurement and sales market for industrial SMEs. Since its establishment in 1993, SMEs have benefited from the free movement of people, services, goods and capital. As the largest integrated internal market in the world, it offers a reliable framework in the midst of a globally uncertain environment, as well as *many economic advantages*: a level playing field, joint funding programs, cross-border trade, highly integrated value chains, and lower transaction costs with increasing productivity advantages. This ensures the competitiveness of companies. Fragmented administrative practices, the diversity of national requirements, the lack of digitization of public administration, hurdles in registering business activities in other Member States, unequal access to public contracts or different national requirements in the service sector all dampen this. A functioning internal market remains the key to strengthening SMEs. *We call for an EU action plan to further expand and deepen the European internal market.* Obstacles to cross-border business activities must be removed wherever possible, while respecting national sovereignty: This includes the further completion of the capital markets union, better and simplified market access for SMEs, the full implementation of the Services Directive, the facilitation and digitalization of labour mobility, growth-friendly corporate taxation and the simplification and acceleration of the state aid framework. *Structural problems should not be the reason for a decline in growth;*
- b) **Facilitate cross-border work:** As part of the implementation of the *Posting of Workers Directive*, different notification requirements for foreign assignments of employees were introduced in the Member States. SMEs can only manage this patchwork of national requirements with additional resources. The *AI certificate* as part of the Regulation on the Coordination of Social Security Systems (Regulation 883/2004) also brings more administration and uncertainty. *We welcome the initiative to establish a single digital declaration portal and further call for the stronger harmonisation of EU-wide requirements, simplification for SMEs and further the introduction of the digital European insurance certificate.* It should also be examined whether a) the application procedures of the Posting of

Workers Directive and the A1 certificate could be merged and b) whether the Regulation on the Coordination of Social Security Systems and the Posting of Workers Directive could be further developed into an interlocking system of regulations;

- c) **Reduce bureaucracy and simplify EU legislation:** One of the biggest obstacles to competitiveness is the administrative burden on companies. Examples of this include *lengthy planning and authorisation procedures* or complex *public procurement law*. The latter makes it difficult for SMEs to participate. Further procedural requirements under public procurement law, in particular mandatory sustainability criteria, are likely to further exacerbate the situation. Therefore, considerations regarding linking the award of contracts to sustainability criteria or social requirements must be considered in the *light of feasibility, proportionality and practicability* for SMEs when *reforming the procurement directives*. The criterion of the lowest price must also be scrutinised.

While Mario Draghi is calling for a reduction in reporting obligations for SMEs of up to 50%, the mission letters envisage a reduction of up to 35%. **We call on the European Commission to follow Mario Draghi's recommendation to** review the European legislative framework for its compatibility with SMEs by means of a clear system and to withdraw proposals that do not add value! Proposals such as the Late Payment Regulation cause more bureaucracy and thwart functioning industry practices. SMEs also need practical and harmonised guidelines regarding existing reporting obligations, including in relation to voluntary standards. **PKM Europe is calling for a moratorium on bureaucracy in European legislation, the omission of new reporting obligations and the prompt initiation of a new inter-institutional agreement for better legislation.** As part of an omnibus procedure, existing legislation should be scrutinised for their usefulness. The *simplification and consolidation of the EU acquis* and the continuation of efforts to reduce the burden on companies must be the overarching task of this legislative period. Furthermore, when updating the EU legal framework, greater consideration must be given to the implementation capacities in the Member States. The public administration must also not be overburdened. We call for *proportionality of reporting obligations*, clearly defined scopes and a risk-based approach. *AI and big data* would also be a real help to many companies;

- d) **Consider ecological sustainability in terms of industrial policy:** Numerous company surveys come to the same conclusion: the most pressing challenges for companies include high energy prices, the lack of access to raw materials and the complexity of EU regulations, in particular the *requirements of the Green Deal*. Medium-sized companies need targeted relief and support on their way to a sustainable economy. **PKM Europe is calling for a pragmatic and technologically neutral European energy and climate policy**, with mandatory and high-quality impact assessments for climate policy proposals. The effects, particularly on SMEs, must be calculated as realistically as possible and any interactions between the related dossiers should be presented. Newly formulated *interim targets* should also be scrutinised in terms of their feasibility and their specific impact on SMEs. Before formulating these, it should also be determined whether existing objectives are being achieved. **Regulatory inconsistencies and obvious undesirable developments must be rectified** in order to ensure *the greatest possible competitiveness*. Strategic dependencies must be reduced without overburdening the domestic industry. The implementation of the *Critical Raw Materials Act* must be ensured. In view of the multiple requirements, SMEs need regulatory relief, realistic sustainability requirements and affordable electricity and energy prices. Member states should introduce innovative instruments to make the energy market more efficient. Important measures include increasing energy efficiency and promoting flexibility in the energy sector. In order to master the ramp-up of renewable energies, we now need

to think pragmatically and in an open-minded way. An intelligent energy infrastructure is crucial. ***We call for the immediate review of all initiatives adopted within the framework of the net zero target for their economic compatibility, competitiveness and cost-effectiveness, as well as their actual benefits, in close cooperation with economic actors.*** Key initiatives to be reviewed include the CO₂ Fleet Regulation for Cars and Heavy Duty Vehicles, the Carbon Border Adjustment Mechanism, EU Taxonomy, Sustainability Reporting and ESG criteria, Deforestation Regulation, Nature Restoration Law, Directive on Soil Monitoring, Directive on Energy Performance of Buildings, legislation on Corporate Sustainability, Green Claims, the Medical Devices Regulation and optimisation of the EU regulatory framework for Pharmaceuticals, as well as clarification on REACH and the planned PFAS ban. ***We firmly reject agricultural policy initiatives that impose blanket bans and set-asides, jeopardise security of supply and put domestic farmers and foresters at a disadvantage.*** The announced ***Clean Industrial Deal*** must harmonise ‘sustainability’ and ‘industry’ and address the concerns of small and medium-sized enterprises;

- e) ***Expand international competitiveness:*** In addition to the ongoing negotiations on free trade agreements, the EU must finalise the one with the ***USA***. In view of emerging trade needs with China, there is also a need for a ***modern China strategy*** that identifies real opportunities for exports and investments in the world's most populous country. The maxim must be mutually respected, rules-based trade that clearly identifies security risks. There is also great potential for international trade and investment in ***emerging and developing countries***, for which European approaches must be rethought. European SMEs can also play a ***decisive role in the reconstruction of Ukraine***. Sustainability requirements and strategic economic interests must be kept in balance in the new EU foreign trade policy. The same balance will also be crucial in the balancing act between open global trade and protectionism. SMEs play a significant role in the German export economy and are often among the global market leaders. PKM Europe recommends that ***the WTO also includes an SME agenda to better integrate SMEs into global value chains;***
- f) ***Accelerate digitalisation and simplify data protection:*** The currency of the future is ***know-how***. In view of technological developments, there is no way around digitalisation. Companies must keep pace with the rapid developments in order to remain competitive. To this end, the Commission launched the ***AI Innovation Package*** to support AI start-ups and SMEs, which brings together projects on AI factories and supercomputing. However, SMEs in particular often lack knowledge about the use of existing and new tools. The EU must provide support measures on the profitable use of digital technologies and needs a ***roadmap to close the digital skills gap***. Both in the public sector and at company level, the EU must address the deep-rooted scepticism of users. There must be no over-regulation and the use of new tools must not be made more difficult. The adopted ***AI law must be implemented as simply as possible*** and be accompanied by clear guidelines and advice centres for companies. Legal uncertainties must be removed to ***protect intellectual property*** and innovative technologies. New digital technologies must be trialled before they are regulated. Europe must demonstrate innovative strength here. This also applies to the handling of data. ***PKM Europe is in favour of the expansion of European data spaces and calls for the pragmatic and simple implementation of the GDPR;***
- g) ***Promoting and retaining the labour force:*** Demographic trends and the shortage of skilled labour are increasingly becoming a locational and competitive disadvantage. The international competition for talent is further exacerbating the situation. These developments are jeopardising the ability of European companies to transform. SMEs are particularly hard hit by these developments due to their corporate structures, which differ from those of large

companies. *The EU faces the major challenge of creating long-term framework conditions to provide targeted support for SMEs* in order to not only recruit but also retain skilled labour. Europe needs strong corporate cultures, attractive training and further education opportunities and digital solutions on the political and corporate side to attract skilled labour. With the *Harnessing Talent Platform* and the *Talent Pool*, the Commission has presented two helpful instruments. These matching tools must be easy to use and further developed. *STEM skills* must be promoted at an early stage and *labour migration* must be simplified, for example through faster recognition of qualifications. Proven quality standards must remain in place. Consideration should also be given to pursuing the *EU Blue Card* and a possible extension to shortage occupations. Strengthening SMEs requires long-term planning and the security of targeted investments. For this reason, the issue of *company succession* must not be lost sight of. Offers for the support, modernisation and strategic orientation of companies in the succession phase should be created and made available on a platform;

- h) ***Make EU funding simple:*** Said proposals cannot be implemented without investment and targeted financial support. However, PKM Europe rejects any form of debt mutualisation. *A reform of the multiannual financial framework* offers an opportunity to revise the budget funds available for SME financing from *InvestEU*. The participation of SMEs in *HorizonEurope* that want to switch to a sustainable business model should also be strengthened. The *EIC Accelerator* already offers financing programmes for innovative start-ups and SMEs. Finally, the *aid framework* should be adapted to the financing reality of SMEs. This must not result in SMEs being placed in a worse position when it comes to financing issues or having to pay higher risk discounts. *Structural policy programmes* must also be easily accessible. Although European cohesion policy was one of the most important instruments in dealing with COVID and its consequences, it needs to be reorganised to meet current challenges. Regional solutions, innovation-friendly investments and best practice examples are needed. Funding should be geared towards entrepreneurial realities and the requirements of the transformation. Funding opportunities for companies that are oriented towards the common good should also be strengthened. *SMEs must be given less-bureaucratic access to EU funding programmes; a new EU competition fund must be specifically targeted and take into account the interests of small and medium-sized enterprises;*
- i) ***Respect subsidiarity and EU competences with regard to social law aspects:*** We call for remuneration to remain within the remit of the Member States in accordance with Art. 153 TFEU. This applies to labour market law initiatives on minimum wages, pay transparency or security systems. This also applies to internships, which are regulated in detail in many Member States thanks to the Quality Framework for Internships. National systems must remain the basis of vocational training. *Interventions in labour market law are at the discretion of the EU Member States.* The principle of subsidiarity must be strictly applied. The social partners should be involved in all relevant policy areas in good time and the European Pillar of Social Rights should be implemented in line with principles compatible with the market economy;
- j) ***Protect the rule of law, peace and security:*** The separation of powers, free journalism, the elimination of corruption and the preservation of an independent judiciary - these democratic cornerstones are still considered the foundation of free societies. These fundamental values make *Europe* attractive *as a business location*; they create an *investment-friendly environment* and are of the utmost importance for citizens and companies. *PKM Europe is in favour of measures to uphold the rule of law, combat cross-border crime and adequately protect external borders. Improved and digitalised EU governance* must ensure faster responsiveness in the future.

3. Smart regulation: *Regulatory competitiveness* is a prerequisite for economic success. The EU institutions should not only apply the *principle of 'self-restraint'* in policy-making and rationalise the acquis, but also consolidate existing instruments and platforms. The aim must be to ensure harmonised and centralised reporting templates and access to information. SMEs need a standardised, comprehensible public information structure at EU level:

- a) **Consistently apply the Think Small First principle:** the administrative burden for directly and indirectly affected companies must be minimised through a **sector-specific and risk-based approach** and longer transition periods must be permitted;
- b) **Put the One-In-One-Out principle to the test:** review the success and yield of the principle, ensure coherence, renew, delete. The entire implementation effort must be taken into account, not just the costs;
- c) **Expand the Once-Only-Principle:** Reduce administrative burden and ensure once-only data entry. Building on the Single Digital Gateway and the associated once-only technical system as well as the Single Market Information System, **a single reporting instrument** should be developed that combines the fulfilment of reporting requirements and the collection of information. In the long term, it must also be examined to what extent platforms such as REFIT, Fit for Future or Your Europe can be developed into a **single point of contact within the Commission** that offers citizens, companies and administrative bodies clear guidelines and support: A single digital gateway that bundles all relevant financial and non-financial support measures, forms and information for businesses, including SMEs, translates reporting obligations according to the relevant policy fields into a standardised reporting tool and is a portal for sharing **best practice examples**. This can be designed with specific requirements and performance indicators for companies. This tool can also establish a link to tenders and EU funding opportunities. The use of AI-supported software must be promoted in order to reduce compliance and administrative costs for SMEs;
- d) **Genuine SME competitiveness tests:** both Commission proposals and amendments to them in the European Parliament should be scrutinised for their **compatibility with existing SME structures** before they are adopted. For example, an **SME programme** could be made available that evaluates the **cumulative regulatory burden** and helps to reduce it. The Commission should consider creating a **European bureaucracy cost index** based on the Annual Burden Survey, which compares the monetary benefits and legal compliance costs in an unembellished manner;
- e) **Apply practical and reality checks throughout the legislative process:** Not only during the consultation process, but throughout the entire legislative process and in relation to implementing acts and delegated acts, **business reality-orientated impact assessments** must be carried out, **taking into account the framework conditions in the individual Member States**, which are incorporated into the process on an ongoing basis;
- f) **Expand the Regulatory Scrutiny Board:** to ensure detailed quality control and advice on the consequences of any legislation, the Regulatory Scrutiny Board should subject legislative initiatives to a strict **subsidiarity check** at an early stage of the legislative process and incorporate the resulting findings into its recommendations. In the long term, the Regulatory Scrutiny Board should be further developed into an independent **European Regulatory Control Council**;

- g) ***Making thresholds SME-friendly:*** PKM Europe calls for the regular adjustment of the financial thresholds in EU Directive 2013/34/EU (Accounting Directive) as well as a general review of the timeliness of the ***EU SME definition*** with regard to financial and personnel ***thresholds so that SMEs benefit widely from support and relief initiatives.*** We call for the ***introduction of a harmonised small mid-cap category*** based on a wide-ranging database, the avoidance of trickle-down effects, as well as clear guidelines and support measures with regard to ***voluntary SME standards;***
- h) ***Appoint a European Commission SME Envoy:*** The EU SME Envoy must be technically proficient and focused on a real improvement in the situation of SMEs. An empowered SME representative of the EU Commission ***with his own resources,*** who checks legislative proposals at the beginning and during the legislative process for their compatibility with SMEs. ***Communication and exchange with the relevant Directorates-General*** must be guaranteed at all times. The Envoy should be the control body and central contact for SME concerns and be consulted on initiatives relevant to SMEs in all phases of the legislative process. The SME representative should also play a role in the Regulatory Scrutiny Board and monitor the application of the SME test. The ***"SME filter"*** instrument, which reports to the SME representative, should be further developed in close cooperation with business associations and new initiatives should be evaluated using specific KPIs;
- i) ***Enable regulatory breathing space: PKM Europe calls for a moratorium on further reporting obligations for SMEs, industry and agriculture until 2030*** via the introduction of the principle of discontinuity, ‘sunset clauses’, greater testing of legislation, regulatory sandboxes, laboratories for research and innovation, further harmonisation and tending additional clauses in directives to avoid ***gold-plating.*** Laws must be practicable!